



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in den öffentlichen Versammlungen der Freien Wähler werden wir des Öfteren aufgefordert, doch mal das Abstimmungsverhalten der anderen Parteien bzw. Gruppierungen zu erläutern: Bei welchen Entscheidungen gab es unterschiedliche Meinungen, größere Diskussionen, unüberbrückbare Gegensätze? Sehr oft in den letzten Jahren können wir dann nur berichten, dass die Entscheidungen in einem breiten Konsens über alle Parteien hinweg mit einer großen und deutlichen Mehrheit getroffen wurden.

Wir haben inzwischen eine politische Kultur im Gemeinderat, auf die wir schon ein wenig stolz sein können. Ganz gleich, von welcher Partei oder Gruppierung der Antrag kommt, er geht durch, wenn er vorteilhaft für unsere Gemeinde bzw. für unsere BürgerInnen ist, er also dem Wohl unserer Gemeinde dient. Ideologisches Denken ist hier fehl am Platz, sachfremde Argumente sind nicht angebracht!

Große und breite Zustimmung - ich denke, das wird auch dieses Mal beim Haushalt für das Jahr 2014 so sein. Wir verabschieden für das Jahr 2014 einen Haushalt, bei dem die Einnahmeseite eigentlich stimmt: Rekordeinnahmen beim Bund in den Jahren 2012 und 2013, und so auch für 2014 prognostiziert, führen auch bei den Städten und Gemeinden zu hohen Einnahmen durch die ihnen zustehenden Anteile an der Einkommensteuer und bei den Schlüsselzuweisungen. Dazu kommt in unserer Gemeinde noch eine stabile Gewerbesteuer-Einnahme von jährlich ca. 3 Mio pro Jahr.

Auch der Vortrag aus dem Jahr 2013 stimmt: 5 Mio € tatsächliche Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt (= Überschuss des laufenden Jahres), plus geplante, aber nicht getätigte Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 4 Mio summieren sich zusammen mit der bisherigen Rücklage zu einer Rücklage Ende 2013 von insgesamt 11,7 Mio.

Eigentlich sollte man fette Jahre nutzen, um Rücklagen zu bilden für die mageren Jahre, die auch bei uns wieder kommen werden. So wie eine Familie in guten Zeiten ein Sparbuch anlegt, von dem man in schlechten Zeiten dann zehren kann. Warum gelingt uns das nicht? Müsste das nicht unser eigentliches Ziel sein: Rücklagen bilden, ein Polster ansammeln für Jahre, in denen die Steuereinnahmen nicht so sprudeln? In den letzten zwei Jahren waren hierzu, was die Einnahmen betrifft, alle Voraussetzungen gegeben. Warum gelingt es uns dann nicht?

Es gelingt uns auch im Jahr 2014 wieder nicht: Die Zuführungsrate 2014 von Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt mit geplanten 1,7 Mio ist zu niedrig. Wenn wir alle im Vermögenshaushalt 2014 geplanten Investitionen tätigen, sind unsere Rücklagen bis Ende des Jahres auf 2,3 Mio € geschrumpft. Einer der wichtigsten Gründe, warum uns das auch 2014 nicht gelingt, vermutlich der maßgebliche Punkt auch in den letzten beiden Jahren überhaupt, sind die jährlich steigenden Ausgaben für die Kinderbetreuung.

Die Kosten für den großen Bereich Kinderbetreuung werden von Jahr zu Jahr mehr - die dafür der Gemeinde zugewiesenen Beträge vom Land bleiben seit 2012 praktisch unverändert. Ergebnis: Unsere Gemeinde muss die jährlich steigenden Defizite aus eigener Kraft stemmen.

Verwaltungshaushalt 2014: Den Ausgaben für die Kinderbetreuung mit 6,812 Mio stehen Einnahmen aus Zuweisungen i. H. v. 2,3 Mio und die Gebühren der Eltern gegenüber. Das Defizit, das sich daraus für unsere Gemeinde im Jahr 2014 ergibt, beträgt 3,954 Mio € !

Allein der Anstieg der Personalausgaben zeigt dies alarmierend. Von 5,9 Mio € im Jahr 2008, über 6,8 Mio € im Jahr 2011 bis zu 7,7 Mio € im Jahr 2013. Geplante Personalkosten in den Jahren 2014 8,1 Mio und 2015 9,2 Mio (!). Wenn man berücksichtigt, dass sich in der Kernverwaltung oder im Bauhof nur wenige Änderungen bzw. nur die Tariferhöhungen ergeben, wird sofort ersichtlich, wo die großen Steigerungen ihre Ursache haben: Im Bereich Kinderbetreuung.

2 Beispiele aus dem Haushalt 2014, die das exemplarisch belegen:

Beispiel 1: Zuschuss an die kath. Kirchengemeinde für die Aufstockung des Kindergartens in Leopoldshafen in den Jahren 2013 und 2014 zusammen ca. 1,1 Mio. (Vermögenshaushalt). Dazu kommen aber 6,5 neue (Mitarbeiter-) Stellen für 2 neue Krippengruppen und die Aufstockung der Tagesgruppe. Das sind Folgekosten, die unseren Verwaltungshaushalt nun jedes Jahr belasten: Zuschussbedarf bei den Personalkosten 2013 in Höhe von 430 T€, Zuschussbedarf ab dem Jahr 2014 nunmehr 730 T€.

Beispiel 2: Geplanter Neubau Kindergarten Neckarstr. ; Ansatz im Vermögenshaushalt 2014: 4 Mio. Die von der Verwaltung aufgezeigten Zahlen zu der Entwicklung der zu betreuenden Kinder machen es notwendig und sinnvoll, einen neuen Kindergarten zu planen und zu errichten. Mit Folgekosten für den Betrieb und die Gehälter für ca. 10 neue Mitarbeiter/Innen. Diese Folgekosten belasten ab dem Jahr 2014 (teilweise) und ab 2015 komplett jedes Jahr unseren Verwaltungshaushalt.

Bitte nicht falsch verstehen: Es ist toll, dass wir in unserer Gemeinde so viele Kinder haben! Diese Investitionen und Folgekosten sind sinnvoll weil nachhaltig, da sie Investitionen für unsere Kinder sind, Investitionen in die Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Aber auch dieser Bereich sollte für eine Gemeinde bezahlbar und tragbar bleiben.

Aus der oben genannten Problematik ergibt sich für unsere Gemeinde ein strukturelles Defizit. Müßig zu streiten, ob mehr Einnahmen oder die Begrenzung der Ausgaben hier Abhilfe schaffen. Selbst wenn wir beides gleichzeitig tun: Weder bei den Einnahmen noch bei der Begrenzung der Ausgaben haben wir in unserer Gemeinde große Spielräume. Im Jahr 2014 ist es uns noch mal gelungen, durch verschiedene Maßnahmen wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Ausblick/ Mittelfristige Finanzplanung 2015-2017

Im Jahr 2013 haben wir mit dem Antrag auf Genehmigung einer Gemeinschaftsschule eine Entscheidung getroffen, deren Folgekosten wir vermutlich nur mit der Aufnahme von Krediten finanzieren können: Wir werden für die Gemeinschaftsschule mit einem Aufwand in Höhe von 6-10 Mio ein neues Gebäude erstellen müssen. Geplant ist ein Anbau an die bisherige Grund- und Werkrealschule. Die Frage, wie hoch die Investitionskosten tatsächlich werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht reell beantwortet werden.

Die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule (mit Ganztagschule) war für viele Gemeinderäte keine leichte Entscheidung. Das bisherige Konzept mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium wird in Baden-Württemberg zum großen Teil aufgegeben, was das neue Konzept leisten kann und für die Zukunft unserer Kinder bedeutet, wird man erst in vielleicht 10 Jahren richtig sehen und bewerten können.

Warum gab es dennoch eine deutliche Mehrheit im Gemeinderat? Aufgrund der niedrigen Anmeldungen für die Werkrealschule wäre auf absehbare Zeit diese Schulform bei uns nicht mehr zustande gekommen, die Schule wäre geschlossen worden. In unserer relativ großen Gemeinde hätte es nur noch die Grundschulen gegeben. Es ging also um die Entscheidung, auf absehbare Zeit keine weiterführende Schule in der Infrastruktur unserer Gemeinde zu haben oder doch für den Antrag auf eine Gemeinschaftsschule zu stimmen. Hier war die Entscheidung dann schnell klar.

Von daher sollte man die Presseberichte der letzten Wochen mit Vorsicht betrachten: Es ist richtig, dass sehr viele Gemeinden/ Schulen diesen Antrag auf die Gemeinschaftsschule gestellt haben. Aber vermutlich fast alle vor dem Hintergrund und mit der Befürchtung, auf absehbare Zeit sonst keine weiterführende Schule mehr im Ort zu haben.

Die Freien Wähler stimmen der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2014, dem Wirtschaftsplan 2014 für den Eigenbetrieb „Wasserversorgung“ und dem Wirtschaftsplan 2014 für den Eigenbetrieb „Abwasserbeseitigung“ zu.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Für die Freien Wähler Rudi Sauer